

Brief aus dem Nationalrat : vom Umgang mit der Geschichte in der Europa-Diskussion

Autor(en): **Leemann, Ursula**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **86 (1992)**

Heft 10

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143727>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Vom Umgang mit der Geschichte in der Europa-Diskussion

Seit der Europa-Sondersession im August sehe ich immer öfter Schmierereien wie «EG (oder Bundesrat, oder Ogi usw.) = Nazi». Vielleicht gab es solche Sprüche schon vorher, von mir nicht bemerkt, und SD-Nationalrat Steffen mag sie tatsächlich nicht erfunden haben. Aber er musste wissen, dass er sie durch seine Worte im Parlament verbreiten half und seine Anhänger zu diesem Sprachgebrauch ermunterte. Es mutet mich geradezu pervers an, dass ausgerechnet die ausländerfeindliche, rassistisch gefärbte extreme Rechte ihre politischen Gegner so bezeichnet, und die Sache beschäftigt mich.

Zur Auseinandersetzung mit der extremen Rechten

Zum Teil, insbesondere bei Jüngeren und bei Leuten einfacheren Gemüts (Reallehrer Steffen wird eine solche «Entschuldigung» nicht für sich in Anspruch nehmen wollen), mag es Nichtwissen, mag es eine simple Trotzreaktion sein. So wie wir gelegentlich Kinder beobachten, die Schimpfwörter aus dem Sexualbereich verwenden. Die Kinder verbinden keinen konkreten Inhalt mit diesen Ausdrücken, sie wissen einfach, dass sie mit ihnen die Erwachsenen schockieren können. Lernen die Eltern, gelassen zu reagieren, so verschwindet die Gewohnheit ebenso schnell, wie sie gekommen ist. Gemäss verschiedenen Berichten gebrauchen offenbar Jugendliche «Nazi» als provokantes Schimpfwort, ohne sich im mindesten über historische Zusammenhänge im klaren zu sein. Sollten wir uns auf der politischen Ebene also nicht ebenso verhalten wie die klugen Eltern? Bis zu einem gewissen Grade dient unsere Empörung vielleicht tatsächlich der extremen Rechten. Allerdings dürfen wir nicht ausser acht lassen, dass ein «Auswach-

sen» wie beim Kind kaum erwartet werden kann. Offensichtlich ist viel zuviel von der schrecklichen Geschichte der dreissiger und vierziger Jahre gar nie aufgearbeitet worden oder bereits wieder in Vergessenheit geraten, nicht nur in Deutschland, sondern auch bei uns. Es muss also heissen: nicht vergessen, immer wieder die geschichtlichen Zusammenhänge darstellen.

Das Nichtvergessen bedarf allerdings auch einer gewissen Differenzierung. Auf dem individuellen Niveau ist Vergessen ja Teil des Verzeihens. Wer sich dauernd an eine einmal erlittene Kränkung erinnert, wird kaum behaupten können, dass er sie verziehen hat. Die Erinnerung ist mit Schuldzuweisungen und Schuldgefühlen eng verbunden; sie vergiftet die Gegenwart und verhindert den Aufbau einer konstruktiveren Beziehung. Beim Holocaust andererseits gibt es kein Verzeihen, und deshalb darf es auch kein kollektives Vergessen geben. Nur sollte das Aufrechnen von früheren Grausamkeiten einem künftigen Friedensprozess nicht im Wege stehen. Gerade heute, wo viele ethnische Konflikte im früheren Ostblock mit Gewalt aufgebrochen sind, stellt sich die Frage sehr akut, wie damit umgegangen werden kann.

Ein anderer Aspekt dieser Problematik kommt für mich dort zum Ausdruck, wo glücklicherweise eine Art von «konstruktivem Vergessen» gelungen ist: beim Überwinden der jahrhundertealten Gegnerschaft zwischen den westeuropäischen Ländern. Ich sage bewusst Gegnerschaft, nicht Feindschaft – die Völker waren einander ja vermutlich nie wirklich feindlich gesinnt; und für die Auslösung von Kriegen hat es verbrecherische (früher vielleicht verblendete) Regime gebraucht. Trotzdem, das Überwinden der Gegnerschaft nach dem grauenvollen Zweiten Weltkrieg, das Ein-

binden Deutschlands, das Zusammenwachsen der Länder in der Europäischen Gemeinschaft ist eine grosse historische Leistung, und sie war nur denkbar unter demokratischen Verhältnissen. Daran ändern auch zweitweilige Krisen wie die jetzige Finanzkrise und die Auseinandersetzung um «Maastricht» nichts. Krieg zwischen den EG-Ländern ist für eine Mehrheit, und gerade auch für die Linke, unvorstellbar geworden. Anders wäre auch der heutige Verlauf unserer Rüstungsdebatten nicht zu erklären.

Beanspruchung eines «Sonderfalls Schweiz» auch von links

Die Selbstverständlichkeit, mit der diese Entwicklung – glücklicherweise – heute betrachtet wird, könnte allerdings auch bewirken, dass der historische Hintergrund allzu leicht in Vergessenheit gerät und deswegen mögliche Gefährdungen erst spät wahrgenommen werden. Mir scheint, dass sich die «politische Klasse» in den EG-Ländern – Regierungs- und Oppositionsparteien – dieser Gefahr durchaus bewusst ist. Deshalb erstaunt es mich auch, wie wenig sich bei uns die links-grünen Gegner des EWR- und EG-Beitritts um diesen Aspekt kümmern, und wie selbstverständlich sie auch für die Schweiz der Zukunft eine Vorreiterrolle in Anspruch nehmen. Neuerdings wird ja sogar von linken Schriftstellern der «Sonderfall Schweiz» zelebriert. Natürlich hat es, historisch betrachtet, diesen Sonderfall gegeben; die Frage ist nur, ob er heute noch als gewichtiges politisches Argument verwendet werden darf. Natürlich gestehe ich Genossen und Genossen andere Gewichtungen und eine andere Meinung zu. Nur sollte das Gedächtnis dabei nicht allzu selektiv in Anspruch genommen werden, und es muss klar bleiben, dass wir es trotz allen institutionellen Mängeln der EG, trotz des Vorrangs der Wirtschaft im EWR, mit einem Europa von demokratischen Ländern zu tun haben. Und dass unsere eigene direkte Demokratie nicht oder nicht mehr ganz so einwandfrei und mustergültig funktioniert, wie es nun plötzlich einige wahrhaben möchten. Wird dies nicht beachtet, so könnte die Argumentation unversehens in eine gefährliche Nähe zu derjenigen geraten, die unsere politischen Gegner vertreten.

Natürlich argumentieren die Rechtsparteien von einer anderen Seite her, und dabei kommt auch ein anderer Teil des historischen Gedächtnisses ins Spiel. Wer primär an den Zweiten Weltkrieg denkt, der wird beispielsweise Armee und Rüstungsausgaben nicht beschränken wollen (und umgekehrt). Das heisst aber gleichzeitig, und das scheint mir noch fataler als verpuffte Rüstungsmilliarden: Der Demokratie in den EG-Ländern ist nicht zu trauen; der Sonderfall Schweiz muss bestehen bleiben, wie er ist, und mit ihm die Notwendigkeit zur geistigen Landesverteidigung. Nur ist diese heute längst verkommen. Für die einen zum probaten Mittel der Verteidigung von Privilegien gegen alles Linke, wie uns der Fichenskandal bestätigt hat. Für andere aber zum Selbstzweck, zum völlig unreflektierten Mittel der Identifikation. Leider – und eine sozial wenig sensible Gesellschaft ist daran nicht unschuldig – gibt es offenbar recht viele, die ihre eigene Identität nur durch die Ablehnung des Andern und Fremden definieren können. Und nun machen also Bürgerliche, vorab die SVP, in geistiger Landesverteidigung, indem sie in krassester Weise die Diktatur Brüssels anprangern. Da ist es dann gar nicht mehr so weit, und offenbar auch für solche, die es eigentlich besser wissen müssten, bis zum Gleichsetzen der EG mit Nazis, oder des Bundesrates mit Landesverrättern.

Oben habe ich spontan den Ausdruck «konstruktives Vergessen» geschrieben, und er hat mir beim Weiterschreiben und Überarbeiten eigentlich ganz gut gefallen. Natürlich gehört auch das «konstruktive Erinnern» dazu: immer und immer wieder an die historischen Hintergründe zu erinnern, die zu vergessen für die friedliche Entwicklung gefährlich werden könnte. Natürlich ist dies kein Rezept für jüngst verfllossene Schandtaten, die erst aufgearbeitet werden müssen, und wo die Schuldfrage nicht ausgeklammert werden kann. Ich möchte mir beispielsweise nicht anmassen, den Ostdeutschen bei der Bewältigung der DDR-Vergangenheit billige Ratschläge zu geben. Aber weshalb ist es bei uns, 50 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und ohne die schmerzlichen Erlebnisse von Kriegsbeteiligten, nicht möglich, konstruktiver zu vergessen und zu erinnern?

Ursula Leemann